

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SPD-Fraktion
Fraktion Die Linke
Volt-Fraktion
FDP/KSG-Fraktion

An
Herrn Oberbürgermeister
Torsten Burmester

An die Vorsitzende des
Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Jasna Ibrić

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 11.05.2026

AN/0808/2026

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	11.05.2026

Änderungsantrag zu TOP 2.1, Sichere öffentliche Räume für alle – Schluss mit Catcalling

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ausschussvorsitzende

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 2.1 – „Sichere öffentliche Räume für alle – Schluss mit Catcalling“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern am 11.05.2026 zu setzen.

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,

1. ob sexualisierte Belästigung im öffentlichen Raum (sog. Catcalling), verstanden als verbale oder nonverbale, sexuell konnotierte und unerwünschte Ansprache, Gestik oder Geräuschäußerung gegenüber Personen im öffentlichen Raum, ausdrücklich als unerwünschtes Verhalten in die Kölner Stadtordnung aufgenommen werden kann, hierzu einen konkreten Regelungsvorschlag zur Ergänzung der Kölner Stadtordnung zu erarbeiten und diesen dem Rat der Stadt Köln zur Beschlussfassung vorzulegen;
2. in welcher Form für das gesamte Personal des Ordnungsamtes ein Fortbildungsangebot zum Umgang mit sexueller Belästigung im öffentlichen Raum etabliert werden kann. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie ein solches Angebot langfristig im Fortbildungskatalog der Stadt Köln verankert und unter Einbeziehung externer fachlicher Expertise, insbesondere aus den Bereichen Gleichstellung sowie Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt, ausgestaltet werden kann.

3. welche finanziellen Mittel (Richtwert: 50.000 Euro) für die Umsetzung der unter Punkt 2 genannten Maßnahmen erforderlich sind und inwieweit hierfür bereits vorhandene Haushaltsmittel, insbesondere im Haushaltsplan 2025/26, Teilplan 0111, Teilplanzeile 16 (Förderprogramm politische Gleichstellungsprojekte & öffentliche Aufklärung), herangezogen werden können. Vor dem Hintergrund der grundsätzlich zur Verfügung stehenden Mittel soll die Prüfung zeitnah erfolgen, damit eine Umsetzung noch im laufenden Jahr vorbereitet und gegebenenfalls begonnen werden kann;
4. inwieweit bestehende digitale Meldestrukturen der Stadt Köln um eine niedrigschwellige und auf Wunsch anonyme Meldemöglichkeit für sexualisierte Belästigung im öffentlichen Raum ergänzt werden können. Dabei ist auf die bereits von der Verwaltung in der Antwort (Vorlagen-Nr.: 0435/2023 „Wie gelingt es, die Antidiskriminierungs-Meldestellen um den Phänomenbereich Frauenfeindlichkeit zu erweitern?“) angekündigte Prüfung zur Weiterentwicklung kommunaler Meldestrukturen sowie zur Verbesserung der Datenlage Bezug zu nehmen und zu berichten, was die angekündigte Abfrage ergeben hat.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rahmen der Erarbeitung und Prüfung gewonnenen Erkenntnisse auf Landes- und Bundesebene einzubringen und über geeignete Gremien, insbesondere kommunale Spitzenverbände, sowie durch Ansprache der zuständigen Landes- und Bundesministerien anzuregen, die Einführung eines eigenständigen Tatbestandes zur sexualisierten Belästigung im öffentlichen Raum im Ordnungswidrigkeitenrecht, insbesondere im Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) oder in entsprechenden landesrechtlichen Regelungen, zu prüfen.
6. Die Ergebnisse der Prüfungen sollen den zuständigen Fachausschüssen bis zum 3. Quartal 2026 zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lino Hammer
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Pascal Pütz
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Hans-Günter Bell
LINKE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lucas Sickmüller
Volt-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP/KSG-Fraktionsgeschäftsführer